



Postulat der Fraktion Alternative – die Grünen

betreffend Umsetzung der Pflegeinitiative: Nach klarem Ja zur Pflegeinitiative soll der Kanton Zug schnellstmöglich handeln

(Vorlage Nr. 3337.1 - 16791)

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 25. Oktober 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Fraktion Alternative – die Grünen hat am 28. November 2021 ein Postulat betreffend Umsetzung der Pflegeinitiative (Vorlage Nr. 3337.1 - 16791) eingereicht. Der Kantonsrat hat das Postulat am 16. Dezember 2021 an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen.

Wir unterbreiten Ihnen zum Postulat Bericht und Antrag.

1. Anliegen der Postulantin

Die Postulantin fordert den Regierungsrat auf, in einem Bericht darzulegen, wie er die Anliegen der Pflegeinitiative im Kanton Zug umzusetzen gedenkt. Dabei soll insbesondere aufgezeigt werden, welche Massnahmen zur Förderung der Ausbildung, Verbesserung der Arbeitssituation der Pflegefachpersonen sowie zur Sicherung der Pflegequalität ergriffen werden.

2. Umsetzung der Pflegeinitiative auf Bundesebene

Das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich Pflege wird in der Herbstsession 2022 im Bundesparlament beraten; die Umsetzung soll spätestens ab 1. Januar 2024 erfolgen. Diese Ausbildungsoffensive beruht auf dem indirekten Gegenvorschlag und bildet die erste Etappe der Umsetzung der Pflegeinitiative. In einer zweiten Etappe will der Bund die Anliegen betreffend Arbeitsbedingungen und Abgeltung der Pflegeleistungen angehen. Konkrete Vorschläge zur Umsetzung dieser Anliegen werden zur Zeit in der Bundesverwaltung erarbeitet. In beiden Etappen werden die Kantone über die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) in die Diskussion miteinbezogen.

3. Kantonale Massnahmen zur Stärkung der Pflege

Es wird den Kantonen obliegen, die in den Bundesgesetzen vorgesehenen Massnahmen umzusetzen. Aus diesem Grund setzt sich der Kanton Zug schon vorab mit den vom Bundesparlament vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen auseinander und klärt – soweit möglich – die Umsetzungsfragen rechtzeitig mit den relevanten Akteuren im Gesundheitswesen.

3.1. Förderung der Ausbildung im Bereich Pflege

Das Bundesrecht sieht zur Förderung der Ausbildung im Bereich Pflege auf Tertiärstufe vor, dass der Kanton pro Betrieb konkrete Ausbildungsziele vorgibt. Diese haben sich einerseits auf den Bedarf an auf der Tertiärebene ausgebildetem Pflegefachpersonal und andererseits auf den vorhandenen Studienplätzen in den Höheren Fachschulen und Fachhochschulen abzustützen.

Um den zukünftigen Bedarf zu ermitteln, hat der Kanton Zug zusammen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen einen regionalen Versorgungsbericht vom Obsan erstellen lassen (siehe Gesundheitspersonal in der Zentralschweiz, Bestand und Entwicklung, Angebot und Bedarf, Obsan Bericht 02/2022; abrufbar unter [Gesundheitspersonal in der Zentralschweiz | OBSAN \(admin.ch\)](#)). Der darin abgebildete Bedarf an Pflegefachpersonen wird als Grundlage

für die Ausbildungsverpflichtungen der einzelnen Betriebe (Pflegeheime, Spitex und Spitäler) dienen.

Für die Bestimmung der Ausbildungskapazitäten der Betriebe müssen gemäss Entwurf des Bundesgesetzes die Anzahl Angestellte, die Betriebsstruktur sowie das Leistungsangebot sowie die vorhandenen Studienplätze berücksichtigt werden. In diesen Fragen strebt der Kanton Zug die Abstimmung mit den anderen Zentralschweizer Kantonen an, um möglichst gleiche Bedingungen für die Betriebe zu schaffen.

Für die im Entwurf vorgesehene Vergütung der ungedeckten Kosten der praktischen Ausbildung durch die öffentliche Hand, müssen zuerst die ungedeckten Kosten bestimmt werden – dies unter Berücksichtigung der bestehenden Abgeltung der Ausbildungskosten mittels Tarife und der Restfinanzierung der Pflege durch die öffentliche Hand. In diesen Fragen wird die Zusammenarbeit mit den Betrieben bzw. mit den entsprechenden Verbänden gesucht. Dem Kanton Zug ist es ein Anliegen, dass den Betrieben genügend Ressourcen für eine qualitativ hochstehende Ausbildung im Bereich Pflege zur Verfügung stehen.

Weiter unterstützt der Kanton Zug gemeinsam mit den anderen Zentralschweizer Kantonen eine Quereinsteigerkampagne als Pflegefachfrau/-fachmann (siehe dazu [Quereinstieg in Pflege HF \(einstieg-pflege.ch\)](https://www.einstieg-pflege.ch)).

Wie in allen anderen Kantonen stellen sich auch im Kanton Zug verschiedene Fragen, konkret betreffend die anstehende Umsetzung des geplanten Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich Pflege. Da diese Fragen verschiedene zuständige Stellen im Kanton und alle Leistungserbringer betreffen, müssen sie koordiniert angegangen werden. Die Gesundheitsdirektion hat zu diesem Zweck ein kantonales Austauschgremium geschaffen mit Vertretern der Langzeitpflege, der Spitex, den Spitälern, der Gemeinden und dem Amt für Berufsbildung. In diesem Gremium werden gemeinsame Handlungsfelder definiert und bei Bedarf Arbeitsgruppen gebildet, die sich vertieft mit einem Thema auseinandersetzen. Dabei sollen auch innovative Modelle geprüft werden, welche die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im Bereich Pflege verbessern könnten (z. B. ein Ausbildungsverbund).

3.2. Verbesserung der Arbeitssituation der Pflegefachpersonen

Es liegt im eigenen Interesse der Betriebe, durch attraktive Arbeitsbedingungen und einer mitarbeiterorientierten Betriebskultur gutes Personal zu rekrutieren und dieses auch längerfristig zu halten. Angesichts des herrschenden Fachkräftemangels haben die Betriebe auch schon verschiedene Massnahmen in diese Richtung ergriffen. Um den Austausch unter den Betrieben und bereichsübergreifend zu fördern, lud die Gesundheitsdirektion im September 2022 die Leistungserbringer zu den Zuger Gesprächen ein. In diesem Rahmen wurden auch Best Practice dargelegt. Dazu gehörten zum Beispiel der Fokus auf eine verlässliche Dienstplanung, gezielte berufliche Weiterentwicklung von Mitarbeitenden, Förderung der Bildungsverantwortlichen, adäquate Teamzusammensetzung (Skill-Grade-Mix) und die Förderung der interprofessionellen Zusammenarbeit.

Um die Betriebe in Fragen zum Personalerhalt zu unterstützen, hat die Gesundheitsdirektion durch eine externe Firma ein entsprechendes Angebot zur Betriebsanalyse entwickeln lassen. Die Betriebe können damit in Zusammenarbeit mit der Beratungsfirma niederschwellig ihre Organisation und die relevanten Arbeitsbedingungen im Hinblick auf den Personalerhalt evaluieren und Massnahmen daraus ableiten. In einem ersten Schritt werden die Pflegeheime von diesem Angebot Gebrauch machen können.

Wie einleitend dargelegt, wird der Bund in einer zweiten Etappe die Anliegen der Pflegeinitiative betreffend Arbeitsbedingungen und Abgeltung der Pflegeleistungen angehen. Diese neuen bundesrechtlichen Vorschriften gilt es abzuwarten, um gegebenenfalls die Umsetzung auf kantonomer Ebene planen zu können.

3.3. Massnahmen zur Sicherung der Pflegequalität

Die Postulantin weist zu Recht darauf hin, dass genügend und richtig eingesetztes Fachpersonal entscheidend dazu beiträgt, dass auch in Zukunft weiterhin eine qualitativ hochstehende Pflege erbracht werden kann.

Die oben geschilderten Massnahmen zur Ausbildung und zum Personalerhalt dienen diesem Zweck: Gut ausgebildete Fachkräfte, die ihrer Aus- und Weiterbildung gemäss eingesetzt werden, sind im Beruf zufriedener und stellen eine qualitativ hochstehende Pflege sicher. In diesem Bereich sind vor allem die Betriebe gefragt, die mit einer zweckmässigen Führungsstruktur und Organisation vieles zur Zufriedenheit der Pflegefachpersonen und damit zur Verweildauer im Beruf beitragen können. Dazu gehören Massnahmen wie die Aufteilung der Aufgaben entsprechend der Qualifikation inkl. Delegation der Verantwortung und Kompetenzen, die Abstimmung des Grade- und Skill-Mix mit der Patienten-Struktur des Betriebs, die Delegation von pflegefremden Aufgaben an andere Berufsgruppen und attraktive Arbeitszeitmodelle mit einer verlässlichen Dienstplanung.

Wie aus der obigen Aufzählung ersichtlich wird, müssen diese Fragen je nach betrieblichen Gegebenheiten anders beantwortet werden, um die bestehenden Ressourcen der Pflegefachpersonen optimal zu nutzen und damit auch die berufliche Zufriedenheit zu fördern.

4. **Antrag**

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, das Postulat der Fraktion Alternative – die Grünen betreffend Umsetzung der Pflegeinitiative (Vorlage Nr. 3337.1 - 16791) vom 28. November 2021 als erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Zug, 25. Oktober 2022

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Martin Pfister

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart